

Niederschrift

über die Sitzung der Schulverbandsvertretung Probstei (SV/SV/02/2010) vom
16.02.2010

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Helmut Wichelmann

Mitglieder

Frau Rosemarie Benecke

Herr Jürgen Cordts

Herr Martin Doepner

Herr Peter Ehlers

Frau Gesa Finck

Vertretung für Herrn Heinrich Övermöhle

Herr Joachim Gafert

Herr Rudolf Goodknecht

Herr Jörn Husen

Frau Antje Klein

Herr Karl-Otto Knust

Herr Ingo Lage

Herr Heinz Lamp

Frau Anette Langner

Herr Wolfgang Mainz

Herr Ernst Meyer

Frau Claudia Petersen

Herr Dr. Malte Raetzell

Herr Dirk Rave

Frau Ilka Rönfeldt

Herr Volker Schütte-Felsche

Herr Markus Sinjen

Herr Sönke Stoltenberg

Herr Wilfried Taubner

Herr Martin Vaterodt

Herr Wilfried Zurstraßen

von der Verwaltung

Frau Bianca Staske

Sachkundige/r

Schulleiterin Gerburgis Ecke

nur zu TOP 3 der Tagesordnung

Herr Schulleiter Stephan Martens

Schulleiterin Gisela Schneider

bis TOP 3 der Tagesordnung

Herr Hans-Werner Voss

bis TOP 3 der Tagesordnung

Herr Schulleiter Wolfgang Wittmaack

bis TOP 3 der Tagesordnung

Presse

Herr Kay-Christian Heine

Frau Astrid Schmidt

Protokollführer/in

Frau Andrea Johansson

Abwesend:

Mitglieder

Herr Heinrich Övermöhle

Beginn: 19:31 Uhr
Ende 21:09 Uhr
Ort, Raum: 24217 Schönberg, Knüll 4, Rathaus Schönberg,
Sitzungssaal (Erdgeschoss)

Der Vorstandsvorsteher eröffnet die Sitzung um 19.31 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor, diese lautet damit wie folgt:

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

- | | | |
|----|---|----------------|
| 1. | Einwohnerfragestunde | |
| 2. | Niederschrift der Sitzung der Schulverbandsvertretung vom 27.01.2010 | |
| 3. | Raumkonzept Gemeinschaftsschule - Entscheidung über damit verbundene bauliche Erweiterungen | SV/BV/029/2009 |
| 4. | Erweiterung der Öffnungszeiten des Hortes am Schulzentrum Schönberg sowie Bildung einer weiteren Hortgruppe | SV/BV/027/2009 |
| 5. | Jahresrechnung 2008 | SV/BV/012/2009 |
| 6. | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010 | SV/BV/030/2009 |
| 7. | Genehmigung der im Haushaltsjahr 2008 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben | SV/BV/013/2009 |
| 8. | Bekanntgaben und Anfragen | |

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Einwohnerfragestunde

Gemeindevertreter Jürgen Prieß aus der Gemeinde Köhn bittet darum, eine Erklärung verlesen zu dürfen. Diese ist dem Protokoll in der Anlage beigelegt.

TO-Punkt 2: Niederschrift der Sitzung der Schulverbandsvertretung vom 27.01.2010

Einwände gegen die Niederschrift ergeben sich nicht.

TO-Punkt 3: Raumkonzept Gemeinschaftsschule - Entscheidung über damit verbundene bauliche Erweiterungen
Vorlage: SV/BV/029/2009

Verbandsvorsteher Wichelmann gibt bekannt, dass nach der letzten Sitzung der Schulverbandsvertretung, von Seiten der Schönberger Verbandsvertreter die Bitte an ihn herangetragen wurde, die sogenannte Modulbauweise von Gebäuden im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung der Gemeinschaftsschule überprüfen zu lassen, da diese Bauweise eventuell kostengünstiger ausfällt. Daraufhin wurden von drei Firmen Kostenangebote angefordert, die aber zum heutigen Sitzungstermin noch nicht alle vorliegen. Zudem müssen diese Angebote mit den Berechnungen für die konventionelle Bauweise verglichen werden. Von daher bittet er darum, die Beschlussfassung über den Tagesordnungspunkt ein weiteres Mal zu verschieben, damit diese Variante noch geprüft werden kann. Geplant ist zudem, entsprechend gebaute Schulgebäude, vor einer endgültigen Entscheidung, zu besichtigen, um sich ein abschließendes Bild darüber verschaffen zu können.

Verbandsvertreter Lamp fühlt sich durch die Vorgehensweise des Verbandsvorstehers überfahren. Von der geplanten Alternative der Modulbauweise, habe er nicht vom Verbandsvorsteher, sondern durch die Zeitung erfahren. Er hat den Eindruck, dass einige Verbandsvertreter mehr Informationen erhalten als andere. Der Verbandsvorsteher äußert daraufhin, dass er in seiner Gemeindevertretung ein Gespräch hatte über die geplante bauliche Erweiterung der Schule und das er in diesem Zusammenhang über die Alternative informiert hat. Darüber hat dann die Presse berichtet.

Verbandsvertreter Zurstraßen macht deutlich, dass den Anstoß für die Überprüfung der Alternative, einige Schönberger Verbandsvertreter gegeben haben. Man wollte lediglich sehen, ob es eine kostengünstigere Variante gibt. Zum jetzigen Zeitpunkt liegen aber noch keine vergleichbaren Angebote vor. Von daher könne man heute keine Entscheidung treffen. Wichtig ist dabei auch zu wissen, welche Nutzungserfahrungen andere Nutzer mit dieser Gebäudedeform haben.

Verbandsvertreter Lamp bemängelt nochmals das Verfahren. Er fühlt sich durch den Verbandsvorsteher nicht ausreichend informiert.

Verbandsvertreter Schütte-Felsche regt an, nochmals über die Gesamtsituation nachzudenken. Unstrittig ist, dass man seinerzeit eine sechszügige Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe beschlossen hat. Auf Basis dieses Beschlusses ist in Sachen Raumkonzept eine hervorragende Arbeit geleistet worden. Aber anhand der vorliegenden Schulentwicklungsplanung wird deutlich, dass die Schülerzahlen in den kommenden Jahren weit zurückgehen werden. Es kann von daher nicht Sinn und Zweck des Schulverbandes sein, einen Schulausbau über Kapazität zu realisieren, obgleich an anderen Schulen Räume leer stehen werden. Seine Gemeinde sieht sich aufgrund der finanziellen Situation nicht in der Lage, die dadurch entstehenden Mehrkosten zu bezahlen. Bestehende Schulen sollten nicht zu Lasten anderer erweitert werden. Dies sieht die Kreisschulentwicklungsplanung so auch nicht vor. Von daher kann er der geplanten Erweiterung nicht zustimmen. Man könne auch nicht Mehreinnahmen durch Gastschulbeiträge gegenrechnen, weil die Mehreinnahmen durch höhere Schülerzahlen, für erhöhten Verwaltungsaufwand und die sich erhöhenden Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten aufgewendet werden müssen.

Nach Auffassung von Verbandsvertreter Dr. Raetzell hat man in der Vergangenheit genug Diskussionen über die Statistik der Schülerzahlen geführt. Die Eltern stimmen mit den Füßen ab. Das zeigen die tatsächlichen Anmeldezahlen. Gemeinschaftsschule ist ein Schulangebot, dass die Eltern wollen.

Verbandsvertreter Goodknecht macht deutlich, dass er sich den Worten von Verbandsvertreter Schütte-Felsche nur anschließen kann. Auch seiner Gemeinde ist es nicht möglich, die entstehenden Mehrkosten mit zu tragen. Von daher kann er dem geplanten Anbau nicht zustimmen.

Verbandsvorsteher Taubner zeigt sich verwundert über den Inhalt der Diskussion. Die Schule ist erfolgreich sechszügig gestartet. Wer bei der Info-Veranstaltung am 9.2.10 in der Turnhalle dabei war, konnte auf 250 bis 300 interessierte Eltern blicken. Er zeigt sich von daher verwundert, dass man nun plötzlich die Reißleine ziehen will. Dies hilft vor allem den Kindern nicht weiter. Der Beschluss über die neue Schulform wurde einstimmig gefasst. Auch in dem Wissen, dass landesweit die Schülerzahlen sinken werden. Die Schule in Schönberg ist aber ein Renner, der eine große Sogwirkung hat. Man darf die Sache nicht zu diesem Zeitpunkt gegen die Wand fahren.

Verbandsvertreter Sinjen führt an, dass die Kinder, die aus dem Umland hinzu kommen, auch noch weitere Kosten verursachen. Nicht nur durch die benötigten Räume, sondern auch durch die Bewirtschaftungskosten, Unterhaltung, Versicherung usw. Diese Kosten sind überhaupt noch nicht berechnet worden. Er stellt daher den Antrag, die Folgekosten für den geplanten Neubau berechnen zu lassen.

Für Verbandsvertreter Schütte-Felsche ist es unstrittig, dass die Gemeinschaftsschule gut laufen soll. Vorrangig sollen in Schönberg aber die Kinder aus dem Schulverband unterrichtet werden. Wenn auf die gymnasiale Oberstufe verzichtet wird, braucht auch der „Unterbau“ an Schülern nicht so groß ausfallen. Man sollte auch über eine Vierzügigkeit nachdenken, da die Schülerzahlen eindeutig rückläufig sind.

Verbandsvertreter Knust zeigt sich ebenfalls verwundert über die Diskussion. Vor zwei Jahren hatte man die Sechszügigkeit beschlossen. Die tatsächlichen Schülerzahlen sind eindeutig. Es sollte erklärtes Ziel des Schulträgers sein, möglichst viele Schüler an den Schulstandort zu bekommen. Jetzt wird plötzlich vorgeschlagen, über Modulbauweise zu diskutieren und die Entscheidung soll ein weiteres Mal verschoben werden. Man hat im Planungszirkel fast $1\frac{3}{4}$ Jahr zusammengesessen und genauestens geplant und diskutiert. Nachdem in der letzten Sitzung die Containervariante keine Mehrheit gefunden hat, soll nun in einer weiteren Sitzung über Modulbauten beraten werden. Für ihn persönlich bedeutet dieses Verfahren nichts anderes als Verschleppungstaktik. Es verwundert ihn sehr, dass man nach dieser langen Zeit der Planung und Beratung, an diesem Punkt angekommen ist.

Verbandsvertreter Mainz äußert, dass die Zahlen für die erforderlichen Investitionen lange bekannt waren. Man muss den Eltern doch eine Verlässlichkeit bieten. Von daher gibt es kein zurück. Man steht doch jetzt im Wort, den Eltern, Lehrkräften und vor allem den Kindern gegenüber.

Verbandsvertreterin Langner stellt klar, dass man immer Verlässlichkeit der Politik fordert. Die Möglichkeit, dass man in Schönberg Abitur machen kann, ist ein Versprechen, das den Eltern gegenüber gemacht worden ist. Dies überhaupt in Frage zu stellen, sei so nicht machbar. An der Gemeinschaftsschule Abitur machen zu können, ist für viele Kinder eine Chance, die sie an herkömmlichen Gymnasien nicht haben. Diese Kinder werden auch nicht von anderen Gymnasien abgezogen. Diejenigen, die dem Schulträger vertraut haben, dürfe man nicht enttäuschen. Alle Verbandsvertreterinnen und Verbandsvertreter befinden sich in dieser Verantwortung.

Verbandsvertreter Husen berichtet, dass man sich sehr ausführlich mit dem gesamten Komplex beschäftigt hat. Der Gemeinde Krumbek fällt es aufgrund ihrer finanziellen Situation auch sehr schwer, die Mehrkosten zu tragen. Gleichwohl ist sich die Gemeinde darüber einig, dass die baulichen Erfordernisse umzusetzen sind. Man kann jetzt nicht mehr umkehren

und einige Kinder an der Tür abweisen. Wer an dem Informationsabend der Gemeinschaftsschule teilgenommen hat, kann nicht anders entscheiden, als mit einem *Ja* zu den geplanten Baumaßnahmen.

Verbandsvertreter Taubner weist darauf hin, dass die Bauabschnitte 1 bis 4 rd. 3 Mio Euro kosten. Die Räume werden benötigt, ob eine gymnasiale Oberstufe kommt oder nicht, weil die Kinder vor der Tür stehen. So kann man mit den Eltern nicht umgehen, bei denen man im Wort steht. Die Planung ist dem konkreten Bedarf angepasst. Nun wo es an die Umsetzung geht, könne man davor nicht weglaufen.

Verbandsvertreter Zurstraßen stellt dar, dass die Schulentwicklungsplanung des Kreises zunächst vorsah, die Errichtung einer gymnasialen Oberstufe in Schönberg nicht zuzulassen, da es eigene Gymnasien in zumutbarer Entfernung ausreichend gibt. Davon ist man dann wieder abgewichen, weil die Wahlfreiheit der Eltern dem entgegensteht. Wenn man bereit ist, Kinder über die Grenzen des Schulverbandes hinaus auch aufzunehmen, müsse man auch bereit sein, Sechszügigkeit zu akzeptieren. Der geplante Anbau macht auch dann Sinn, wenn es keine gymnasiale Oberstufe gibt. 3,1 Millionen Euro sind zu finanzieren, abzüglich der Einnahmen aus den Schulkostenbeiträgen. Alle Fixkosten, für die zum jetzigen Zeitpunkt bereits vorhandenen Gebäude, müssen die Mitgliedsgemeinden auch dann zahlen, wenn die Schule nur fünfzünftig weiterläuft. Von daher helfen die Kinder, die durch eine Sechszügigkeit hinzukommen, die ohnehin bestehenden Kosten über die Schulkostenbeiträge zu bezahlen. Einer der wichtigsten Punkte ist die Verlässlichkeit den Eltern gegenüber. Es wurde nun ein Vorschlag eingebracht, der eventuell helfen kann, die Baukosten zu senken. Von daher ist es auch legitim, dies auf den Prüfstand zu stellen. Gleichwohl dürfe man die beiden Varianten nicht nur unter finanziellen Aspekten betrachten, sondern auch aus pädagogischen. Den Eltern gegenüber steht der Schulverband im Wort. Die finanzielle Belastung muss man auch unter der Einrechnung der Mehreinnahmen betrachten. Die Gemeindevertretung Schönberg hat sich in ihrer letzten Sitzung, trotz ihrer ebenfalls stark angespannten finanziellen Situation, dafür ausgesprochen, die baulichen Erfordernisse auch umzusetzen. Es handelt sich nicht nur um einen Anbau, sondern um eine Zukunftsinvestition, weil Bildung das Fundament für eine Gesellschaft ist.

Verbandsvertreterin Klein hat den Eindruck, dass man die letzten zwei Jahre hier umsonst beraten hat. Einige Verbandsvertreter waren nie bei den entscheidenden Beratungen dabei und haben offensichtlich auch nie die Protokolle gelesen. Sie hat ebenfalls den Eindruck, dass hier eine Verzögerungstaktik angewendet werden soll. Sie kritisiert, dass Mitglieder der CDU-Fraktion Schönberg sogar durch Schönberg gelaufen sind und Unterschriften gesammelt haben, für den Erhalt der Realschule. Wenn eine andere Richtung eingeschlagen werden soll, solle man dies auch offen und ehrlich sagen und nicht andauernd mit weiteren Argumenten kommen, die eine Entscheidung hinauszögern. Zur Zeit befindet man sich in einem unerträglichen Zustand für Eltern, Lehrkräfte und Kinder.

Schulleiter Wittmaack berichtet, dass sich im letzten Jahr für den sogenannten „Schnupper-tag“ 130 Kinder angemeldet haben. Mit Stand vom heutigen Tage sind es bereits 150 Anmeldungen, Tendenz steigend. Durch eine entsprechende Abfrage bei den betreffenden Grundschulen ist zu erwarten, dass für das kommende Schuljahr etwa 180 Kinder an der Gemeinschaftsschule angemeldet werden. Der Schulträger hat ein Schiff auf die Reise geschickt, er kann jetzt nicht während der Fahrt den Motor ausbauen und Passagiere über Bord werfen.

Verbandsvertreter Stoltenberg stellt klar, dass jedes Mitglied der Verbandsvertretung hinter der Schule steht. Kritische Anmerkungen dürfen trotzdem gemacht werden, was die Höhe der Belastungen betrifft. Er sieht es als seine Pflicht an, die vorgelegten Zahlen zu hinterfragen. Das Eltern andere Intentionen haben als Schulverbandsvertreter ist jedem klar. Es muss für Verbandsvertreter auch möglich sein, die Fahrt des „Schulschiffes“ zu drosseln

wenn es erforderlich ist, um eventuell Sprit zu sparen, damit das Geld nicht endgültig ausgeht. Das Vorgehen hat nichts mit Verhinderung zu tun, sondern mit Vernunft.

Verbandsvertreter Gafert schließt sich den Worten seines Vorredners an. Man ist auch in seiner Gemeinde bereit, in Bildung zu investieren, aber es muss legitim sein, sich einige Dinge noch einmal genauer überlegen zu dürfen. Fraglich ist doch, ob auf Dauer die Sechszügigkeit erreicht wird. Wenn es eine günstigere bauliche Variante gibt, solle man sich diese auch genauer ansehen dürfen.

Verbandsvertreter Zurstraßen regt an, dem Vorschlag des Verbandsvorstehers zu folgen und die Entscheidung über die weiteren baulichen Maßnahmen in der nächsten Sitzung zu treffen, wenn alle Zahlen, Daten und Fakten auf dem Tisch liegen. Verbandsvertreterin Petersen bittet darum, dass alle Unterlagen mit der Einladung versandt und nicht nachgereicht werden, damit ausreichend Zeit vorhanden ist, sich mit der Materie zu befassen.

Danach fasst die Schulverbandsvertretung nachfolgenden

Beschluss:

Die Schulverbandsvertretung beschließt, die Entscheidung über die weiteren baulichen Maßnahmen an der Gemeinschaftsschule Probstei zu vertagen und erneut darüber zu beraten, wenn alle erforderlichen Angebote, Zahlen und Berechnungen vorliegen.

Stimmberechtigte: 26			
Ja-Stimmen: 24	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 2	Befangen: 0

Verbandsvertreter Sinjen erinnert an seinen Antrag, die Folgekosten für den Anbau von einer neutralen Stelle berechnen zu lassen. Auch hierüber sei noch nicht abgestimmt worden.

In Bezug auf den Antrag von Verbandsvertreter Sinjen erläutert Verbandsvertreter Zurstraßen, dass er sich ebenfalls dafür ausspricht, einen interessensfreien Wirtschaftsprüfer zu beauftragen. Nach seiner Auffassung müssten bei der Prüfung aber auch die Kosten, die nur die eigenen Kinder verursachen und die Mehrkosten, die durch eine Sechszügigkeit hinzu kommen gegen gerechnet werden, unter Berücksichtigung der mehr fließenden Schulkostenbeiträge.

Verbandsvertreter Cordts hält diese Berechnung für schwer durchführbar, weil davon auszugehen ist, dass bei einem abgespeckten Schulangebot, wenn es also nicht zum Anbau kommt, gegebenenfalls auch eigene Schüler auf andere Schulen wechseln könnten.

Schulleiter Wittmaack berichtet auf eine entsprechende Anfrage von Verbandsvertreterin Finck, dass in diesem Jahrgang Gemeinschaftsschule von den 150 Kindern 90 eine Realschuleempfehlung hatten, 20 eine Gymasialempfehlung und der Rest eine Hauptschuleempfehlung. Er hält es allerdings für fraglich, ob aufgrund der am heutigen Abend öffentlich geführten Diskussion, über die in den nächsten Tagen in den Zeitungen zu lesen sein wird, es bei den positiven Anmeldezahlen bleibt. Man müsse auch darüber nachdenken, ob Modulbauten pädagogisch verantwortbar sind. Der Planungszirkel hat gute Arbeit geleistet. Wenn man eine Sechszügigkeit nicht mehr will, muss man das auch offen sagen, dann hätte man sich manche Investition, die in den letzten beiden Jahren getätigt worden ist, auch bereits sparen können. Die Eltern werden durch die Diskussionen stark verunsichert.

Verbandsvertreterin Langner hält nach wie vor die Chance für groß, in Schönberg durchgängig sechszügig zu bleiben und eine gymnasiale Oberstufe zu erhalten. Der Anteil der gymnasial empfohlenen Kinder ist bereits jetzt sehr hoch. Der Erfolg der Schönberger Schule sollte nicht in Frage gestellt werden. Der Wettbewerb der Schulen untereinander ist durch

das Schulgesetz gewollt, dadurch werden nur die besten Schulen auch ausreichend Schülerzahlen erhalten. Man solle sich hier nicht durch reine Statistiken entmutigen lassen. Wenn überhaupt eine Gemeinschaftsschule in der Region die Chance hat, eine gymnasiale Oberstufe zu bekommen, dann ist das die in Schönberg. Es wird nun von den kommunalen Vertretern auch erwartet, entsprechendes dafür zu tun. Alle Kommunen leiden derzeit darunter, dass zu wenig Geld vorhanden ist. Aber die Krise geht auch wieder vorüber und man wird später sicherlich bereuen, die Chance, die sich heute bietet, nicht genutzt zu haben.

Verbandsvertreter Taubner macht nochmals deutlich, dass im Lande der weit größere Teil der Eltern die Gemeinschaftsschulen wollen, weil ihre Kinder dort die Bildung bekommen, die sie benötigen. Für den ersten Schritt dahin sind rd. 3 Mio Euro erforderlich. Vor diesem Schritt dürfe man nicht weglaufen.

Schulleiterin Schneider weist darauf hin, dass in 2013 die Entscheidung über die gymnasiale Oberstufe fallen wird. Dann ist der jetzige 1. Jahrgang in der 8. Klasse. Dann ist bereits absehbar, wie viele Kinder in die Sekundarstufe II gehen werden. 40 Kinder sind dafür erforderlich. Danach wird sich das Ministerium richten. Sollten die Schülerzahlen sinken und die Sechszügigkeit nicht mehr erreicht werden, könnte ab 2015 der jetzt geplante Anbau für die gymnasiale Oberstufe genutzt werden. Bisher wurde nur über Quantität gesprochen, wichtiger ist aber die Qualität einer Schule. Dies sollte bedacht werden. Derzeit ist die Schönberger Schule kreisweit einmalig in ihrer Ausstattung und Leistungsfähigkeit. Diese Qualität sollte man sich auch erhalten.

Danach fasst die Schulverbandsvertretung nachfolgenden

Beschluss:

Die Schulverbandsvertretung beschließt, eine neutrale Fachfirma damit zu beauftragen, die Folgekosten, für die durch die Bauabschnitte 2 und 3 entstehenden neuen Räumlichkeiten der Gemeinschaftsschule Probstei, zu berechnen.

Stimmberechtigte: 26			
Ja-Stimmen: 25	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 4: Erweiterung der Öffnungszeiten des Hortes am Schulzentrum Schönberg sowie Bildung einer weiteren Hortgruppe
Vorlage: SV/BV/027/2009**

Amtsmitarbeiterin Johansson berichtet, dass in der letzten Sitzung des Hauptausschusses der Vorschlag gemacht worden ist, die Elternbeiträge für den Hort, an die Elternbeiträge für die übrigen Kindertagesstätten in der Gemeinde Schönberg anzupassen. Bei der Gründung des Hortes hatte man ebenfalls die Elternbeiträge analog erhoben. Durch die Gemeinde Schönberg wurde vor kurzem eine Neukalkulation der Beiträge vorgenommen. Diese wurden daraufhin erhöht. Wenn die Kalkulation analog an die neuen Betreuungszeiten des Hortes angepasst werden, ergibt sich ein monatlicher Beitrag in Höhe von 170,00 € für die Eltern der Hortkinder. Bisher wurde für dieselbe Betreuungszeit ein Entgelt in Höhe von 140,00 € erhoben.

Es ergibt sich somit nachfolgende Berechnung:

Beitrag neu 170,00 € x 45 Kinder x 12 Monate = 91.800,00 €

Bisherige Einnahmen

140,00 € x 40 Kinder x 12 Monate = 67.200,00 €

Mehreinnahme = 24.600,00 €

Die Personalmehrkosten betragen 26.830,00 €
abzüglich Kreiszuschuss von 13 % ./ 3.488,00 €
abzüglich Landeszuschuss ca. 15,5 % ./ 4.159,00 €

Personalmehrkosten abzüglich der Zuschüsse 19.183,00 €

abzüglich der Mehreinnahmen durch höhere Elternbeiträge (24.600,00 €) erwirtschaftet der Schulverband ein Plus von **5.417,00 €**.

Um den vorübergehenden Mehrbedarf an Hortplätzen abdecken zu können, wird vorgeschlagen, befristet die dritte Hortgruppe einzurichten und das monatliche Entgelt wie vorgeschlagen zu erhöhen. Bei sozial schwachen Familien greift die Sozialstaffel, insofern werden diese nicht mit Mehrkosten belastet. Die Entgeltordnung ist entsprechend anzupassen. Amtsmitarbeiterin Johansson weist noch auf zwei redaktionelle Änderungen der Entgeltordnung hin, die in diesem Zusammenhang geändert werden sollten. Diese hatte der Hauptausschuss der Verbandsvertretung in seiner Sitzung am 02.12.2009 bereits empfohlen.

Daraufhin fasst die Schulverbandsvertretung nachfolgenden

Beschluss:

Die Schulverbandsvertretung beschließt die Einrichtung einer dritten Hortgruppe zum nächstmöglichen Zeitpunkt, zunächst befristet bis Schuljahresbeginn 2011/12 (01.08.2011). Der Elternbeitrag wird auf 170,00 € monatlich erhöht. Der Verbandsvorsteher wird ermächtigt, die Entgeltordnung entsprechend anzupassen und geeignetes Personal einzustellen.

Stimmberechtigte: 26			
Ja-Stimmen: 26	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 5: Jahresrechnung 2008 Vorlage: SV/BV/012/2009

- Vorlage -

Der Verbandsvorsteher erläutert die Vorlage. Verbandsvertreter Stoltenberg bemängelt die Tatsache, dass ohne vorherige Ankündigung die beiden bisherigen Prüfer der Jahresrechnung in der Sitzung des Hauptausschusses darüber informiert worden sind, dass eine gesonderte Prüfung durch sie nicht mehr erforderlich ist. Er bezweifelt die Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens. Schließlich haben die Prüfer in der Vergangenheit immer Vorschläge gemacht, die für den Verband von Vorteil waren. Dieses Verfahren sollte von daher beibehalten werden. Amtsmitarbeiterin Johansson erläutert, dass das bisher durchgeführte Verfahren nicht im Einklang steht mit den Bestimmungen der Gemeindeordnung. Keine anderen Gemeinde bzw. kein Zweckverband des Amtes führt eine derartige Prüfung durch. Von daher wurde hier nur eine Korrektur vorgenommen. Der Verbandsvorsteher sagt zu, dass in der nächsten Sitzung der Schulverbandsvertretung dazu noch einmal eine ausführliche Darstellung der Rechtslage erfolgen wird.

Verbandsvertreter Dr. Raetzell verlässt den Sitzungsraum.

Da nach Auffassung von Verbandsvertreter Stoltenberg die Jahresrechnung nicht ordnungsgemäß geprüft wurde, kann er diese so auch nicht genehmigen.

Daraufhin fasst die Schulverbandsvertretung nachfolgenden

Beschluss:

Die Schulverbandsvertretung genehmigt die Jahresrechnung 2008.

Stimmberechtigte: 25			
Ja-Stimmen: 21	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 4	Befangen: 0

Verbandsvertreter Dr. Raetzell betritt den Sitzungsraum.

**TO-Punkt 6: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2010
Vorlage: SV/BV/030/2009**

Der Vorstandsvorsteher schlägt vor, aufgrund der noch fehlenden Entscheidung über die bauliche Erweiterung der Gemeinschaftsschule, die sich nicht unwesentlich auf den Haushalt des Schulverbandes auswirken wird, die Beratungen über den Haushalt bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

Beschluss:

Die Schulverbandsvertretung beschließt, die Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2010 auf die nächste Sitzung der Schulverbandsvertretung zu vertagen.

Stimmberechtigte: 26			
Ja-Stimmen: 26	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 7: Genehmigung der im Haushaltsjahr 2008 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: SV/BV/013/2009**

- Vorlage –

Der Vorstandsvorsteher erläutert ausführlich die über- und außerplanmäßigen Ausgaben. Daraufhin fasst die Schulverbandsvertretung nachfolgenden

Beschluss:

Die Schulverbandsvertretung genehmigt die verbleibenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Haushaltsjahres 2008 mit einem Gesamtbetrag von 51.365,87 €.

Stimmberechtigte: 26			
----------------------	--	--	--

Ja-Stimmen: 26	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0
----------------	-----------------	-----------------	-------------

TO-Punkt 8: Bekanntgaben und Anfragen

Der Vorstandsvorsteher berichtet, dass im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung von Solaranlagen auf den Dächern der Schulgebäude noch steuerrechtliche Probleme geklärt werden müssen. Sobald diese geklärt sind, wird er die Angelegenheit durch die Verbandsvertretung beraten lassen.

Der Vorstandsvorsteher berichtet, dass er vor einigen Tagen mit interessierten Gemeindevertretern einen Rundgang durch die Gemeinschaftsschule gemacht hat. Durch den Schulleiter wurden vor Ort die baulichen Erfordernisse erläutert. Er schlägt vor, eine weitere Begehung zu machen, zu der dann alle Verbandsvertreterinnen und Vertreter eingeladen werden. Sobald der Termin feststeht, wird eine entsprechende Einladung versandt werden.

gesehen:

Wichelmann
- Vorstandsvorsteher -

Johansson
- Protokollführerin -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -